

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt.

Nr. 152.

Freitag, den 4. Juli 1913.

Zweites Blatt.

Vor 100 Jahren.

4. Juli 1813.

Die russischen Rüstungen während des Waffenstillstandes waren nicht minder tatkräftig als die preussischen, während bisher der preussische Eifer bei weitem größer gewesen war. Mit welchen Schwierigkeiten die Seeresverwaltung dieses ungeheuren Reiches zu kämpfen hatte, wird dadurch deutlich, daß viele Truppenteile erst jetzt zur Armee stießen, die bereits vor Jahresfrist, kurz vor dem Einmarsch der Franzosen in Rußland, zu den Waffen gerufen waren. Im Laufe des Waffenstillstandes kamen an Infanterie nach und nach 70 000 Mann Verstärkung auf deutschen Boden. Diese waren aber bei weitem nicht ausreichend, um die besonders seit der Schlacht bei Bautzen stark gelichteten Verbände wieder aufzufüllen. Gab es doch Regimenter, die nur aus einem Bataillon bestanden mit insgesamt nur 150 bis 200 Mann. Bei den zur Armee marschierenden Verstärkungen hatte es infolge des nicht endenwollenden Marschierens natürlich viel Abgänge gegeben. Was aber bis zur Armee kam, war abgehärtet gegen jedes Wetter, gewöhnt an starke Marschleistungen und große Entbehrungen. Nach den Berichten war der gemeine russische Soldat zwar ohne jede Intelligenz, aber tapfer, gehoramt und anspruchslos. Vellleidung, Ausrüstung und Bewaffnung waren beim russischen Heere in bestem Zustande, auch die Ausbildung war im allgemeinen gut. Die Kavallerieabteilungen, durchschnittlich 120 Pferde stark, waren gut beritten, gut ausgebildet und ausgerüstet. Die jetzt ankommenden Verstärkungen betragen ungefähr 14 000 Mann. Ueber die Städte der irregulären Kosakentruppen gibt es genaue Angaben nicht; sie waren von aller Kavallerie der Verbündeten am besten beritten, aber roh und undiszipliniert, da bei geschlossener Mütze unbrauchbar. Die Geschützkompanien mit durchschnittlich 12 Geschützen hatten gute Bespannung und vortrefflich ausgebildete Mannschaften.

5. Juli 1813.

Nicht ganz so eifrig wie Rußland und Preußen war Oesterreich in seinen Kriegsvorbereitungen, da hier ein seit 1809 eingeführtes Sparsystem die notwendigen Ergänzungen fast bis zur Unmöglichkeit erschwerte. Da man nur die allerunvermeidlichsten Mannschaften unter den Waffen gehalten hatte, waren jetzt kurz vor der Kriegserklärung fast zwei Drittel des Heeres retrahiert, die taum eine dreimonatliche Dienstzeit hinter sich hatten. Da es auch an der genügenden Zahl unterer Offiziere gefehlt hatte, war die Ausbildung der Truppen noch in den ersten Anfängen. Ihre Bewaffnung war ausreichend, die Vellleidung dagegen sehr schlecht; vor allem fehlten Mäntel und Schuhe, so daß später in der Schlacht bei Dresden, der eine lange Regenperiode vorausgegangen war, tausende von Gefangenen barfuß vor dem schadenfrohen Napoleon vorbeigeführt wurden. Die 30 000 Mann, die unter Schwarzenberg den Feldzug von 1812 mitgemacht hatten, waren allerdings in hohem Grade militärisch tüchtig. Die Kavallerie und Artillerie war durchweg gut und auch in der Ausbildung auf ziemlich hoher Höhe.

Als vierte Macht rüstete sich Schweden, dessen Truppen nur zum Teil national schwedisch waren, größtenteils aber aus den deutschen Gebieten Vorpomerns und Küngens sich rekrutierten, gegen Napoleon. Neben diesen vier Hauptmächten trat in die Reihe der Verbündeten noch das mecklenburgische Kontingent und einige von England besoldete Formationen.

Fünf Milliarden Reichsschulden.

Dem Reichstag ist noch vor der Vertagung ein Bericht der Reichsschuldenkommission zugegangen, der sehr lehrreich ist. Er befaßt in dürren Worten und sehr schönen Zahlen, daß Deutschland als Reich fünf Milliarden Schulden hat, oder genau: 5 024 012 900 Mark. Das ist ein schönes Stimmchen, etwa ebensowiel, wie Frankreich 1871 an das siegreiche Deutschland zahlen mußte. Zu diesen fünf Milliarden kommen aber noch etwa 100 Millionen Mark, oder genau: 98 175 000 Mark als Schuld der deutschen Schutzgebiete. Diese Schutzgebetschuld ist aber inzwischen nach dieser letzten Rechnungsaufmachung noch gewachsen und beträgt insgesamt 136 154 400 Mark.

Interessant sind einige Einzelheiten über unsere große Reichsschuld. An Zinsen sind im letzten Rechnungsjahr 167 191 258,37 Mark gezahlt worden. Also rund 167 Millionen Mark allein an Zinsen. An Reichskassenscheinen laufen um 120 Millionen Mark. Von die-

sen Kassenscheinen sind noch aus dem Jahre 1874 im ganzen 819 050 Mark, aus dem Jahre 1882 sind 1 980 900 Mark, aus dem Jahre 1899 stammen 344 600 Mark, aus dem Jahre 1904 rühren 28 546 720 Mark her und aus dem Jahre 1906 die meisten, nämlich 88 308 730 Mark. Durch Beschluß des Bundesrats vom Dezember 1912 ist der Betrag der Reichskassenscheine zu 10 Mark auf 100 Millionen Mark (statt bisher 90 Millionen Mark), und der der Reichskassenscheine zu 5 Mark auf 20 Millionen Mark (statt bisher 30 Millionen) festgesetzt worden. Die Zahl der Zinsmarktscheine wird also vermindert, die der Zehnmarktscheine erhöht. Neben diesen Reichskassenscheinen (von 10 und 5 Mark) laufen die Reichsbanknoten (von 1000, 100, 50 und 20 Mark). Vom März 1912 bis zum Januar 1913 wurden von der Reichsdruckerei an die Reichsbank Banknoten im Gesamtwerte von 1 345 845 000 Mark abgeliefert, und zwar zu 1000 Mark keine, zu 100 Mark aber 640 Millionen, zu 50 Mark 52 500 000 Mark und zu 20 Mark 50 200 000 Mark. Dazu kamen noch für 600 Millionen Mark Banknoten zu 50 Mark und 20 Mark, die erst jetzt zu den Beständen genommen wurden. Für 130 590 Mark Banknoten sind wegen Altersschwäche aus dem Verkehr gezogen worden. Sie sind zur Vernichtung bestimmt. Insgesamt sind mehr als vier Milliarden Banknoten vorhanden und in den Kassen der Reichsbank aufbewahrt. Im Umlauf befinden sich außerdem für 1 876 040 750 Mark Banknoten. Bis zum Schlusse des Monats Januar 1913 beliefen sich die in das Reichsschuldbuch eingetragenen Buchforderungen auf 1 273 500 900 Mark in 24 031 Konten.

Ein wichtiges Kapitel ist das der Tilgung der Reichsschuld. Diese Tilgung erfolgt durch Ankauf von Schuldverschreibungen des Reiches, und zwar werden 3 und 3/2 prozentige Schuldverschreibungen angekauft, in der Regel für jährlich etwa 80 Millionen Mark. Von nun an soll aber eine stärkere Schuldentilgung Platz greifen. Neben diesen Reichsschulden haben natürlich die Bundesstaaten noch ihre eigenen, recht bedeutenden Schulden.

Politische Umschau.

Die Reise des Kaisers nach Gmunden

Das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die Reise des deutschen Kaisers nach Gmunden nicht im August erfolgen würde, hat in Gmunden große Bestürzung hervorgerufen. Es galt als feststehend, daß Kaiser Wilhelm zu dem aus Hofreisen bekannt gewordenen Termin eintreffen werde. Die Kurmission hatte in ihrer letzten Sitzung dabei schon die Konstituierung eines eigenen Komitees ins Auge gefaßt, das sich mit einer würdigen Kaiserfeier zu befassen gehabt hätte. Ferner hatte der Salzburger-Oberösterreichische Sängergau eine Audigionsferienade an den hohen Verbänden des Kaisers Franz Josef vor. Auf ihre Anfrage an das Gmunder Hofmarschallamt wurde dem Sängern erwidert, sie möchten sich zwecks Meinung des genauen Termins an das Hofmarschallamt des deutschen Kaisers wenden, worauf nunmehr von dort die Nachricht kam, daß der deutsche Kaiser nicht die Absicht gehabt habe, im August nach Gmunden zu kommen, und das Gesuch der Vorstandschaft somit gegenstandslos sei. Die Antwort des deutschen Hofmarschallamtes wird allgemein mit den letzten politischen Vorgängen in Zusammenhang gebracht. Daß der Herzog von Cumberland im Gmunder Schlosse die gesamten Mitglieder des Direktoriums der deutsch-hannoverschen Partei empfangen hat, und daß Abgeordneter Alpers, von Gmunden direkt kommend, in einer öffentlichen Parteiverammlung die Worte sprach, der Herzog habe gesagt: „Meine Herren, ich appelliere an Ihre Treue,“ ist von der welfischen Presse selbst verbreitet worden. Allerdings kann der Appell des Herzogs auch in dem Sinne gedeutet werden, daß dem jungen Herzog, der bald den Braunschweiger Thron besteigen soll, seine Schwierigkeiten durch eine zu hartnäckige Stellungnahme der Welfen in den Weg gelegt und damit seine Position erschwert werden sollte.

Daß Kaiser Wilhelm dem Cumberlandischen Hofe seinen Gegenbesuch nicht vorenthalten wird, ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen. Um so mehr muß die Gerechtigkeit in der Antwort an den Oberösterreichisch-Salzburgischen Sängergau auffallen, der ja mit der Vertreibung auf einen späteren Termin zufrieden zu stellen gewesen wäre. Auffallend in der Angelegenheit der Gmunder Reise des Kaisers war auch vor kurzem bereits die Veröffentlichung des Reiseprogramms des Kaisers, das bis in den September alle Fahrten des Monarchen anführte, ohne Gmunden zu nennen. Die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß es keine hannoversche Frage gebe, und die Anwesenheit sämtlicher Welfenführer darauf beim Herzog von Cumberland, stellen die ganze Reiseangelegenheit in ein eigenes Licht.

König Friedrich August in Tirol.

Seit dem 24. v. M. hält sich bekanntlich König Friedrich August mit den Prinzen in Tirol im Ortlergebiet auf. Er hat seit dieser Zeit eine ganze Reihe von Bergen bestiegen und auch die 3020 Meter hochgelegene Bayerhütte besucht. Die Besteigung des Ortler, des höchsten Gipfels der Ostalpen, war in diesem Jahre wegen des schlechten Wetters bisher unmöglich. Mittwoch unternahm der König mit seinen Söhnen einen Ausflug nach Trafoi.

Der Bundesrat

hält am heutigen Donnerstag seine letzte Vollversammlung vor den Ferien ab. In dieser Sitzung werden die Heeresvorlage und die Deckungsvorlage verabschiedet werden. Der bereits angekündigte, auf die Regelung der braunschweigischen Thronfolgefrage sich beziehende Antrag ist bis jetzt dem Bundesrat nicht zugegangen, und es ist daher anzunehmen, daß dies erst nach den Ferien geschehen wird. Auch in der Jesuitenfrage ist bisher kein neuer Antrag an den Bundesrat gelangt.

Die Kieler Begegnung.

Der Reichszugler v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow begaben sich am Mittwoch nachmittag nach Kiel zum Vortrag beim Kaiser und zur Teilnahme an der Begegnung mit dem italienischen Königspaar.

Der „Popolo Romano“ schreibt über die Zusammenkunft in Kiel: „Obwohl das Ziel der Reise nicht Kiel ist und nichts mit der internationalen Politik zu tun hat, kommt die Zusammenkunft in Kiel doch recht gelegen und wird mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage im Orient sicherlich von Nutzen sein. Wir können daher das Zusammentreffen der beiden Herrscher und der beiden Minister, die durch die freundschaftlichsten Beziehungen verbunden sind, nur begrüßen.“

In der Turiner „Stampa“ spricht der Abgeordnete Cimmi seine Freude über die Begegnung der deutschen Presse aus. Diese sei bei Gelegenheit des libyschen Krieges sogar einschließlich halbamtlicher Blätter unfreundlich gegen Italien gewesen, jetzt aber sehr italienfreundlich. Europa verdanke den Frieden allein der rechtzeitigen Erneuerung des Dreibundes, sowie dem beständigen Zusammengehen der drei Verbündeten. Wenn die Kieler Zusammenkunft kein anderes Ergebnis hätte, als die Beziehungen noch inniger zu gestalten, wäre sie bedeutend genug. Die Aufgabe des Dreibundes und der Herrscherbegegnung sei die Regelung der südalbaniischen Grenzfragen und die Bildung des albanischen Staates, ferner die Lösung der Inselfrage, aber nur für die Inseln, die Griechenland erobert habe, nicht für die, die Italien besetzt halte, endlich die volle Einigung der Dreibundmächte gegenüber den Fragen der asiatischen Türkei. Hierüber müsse eine Einigung erzielt werden, sonst gingen die Früchte des Dreibundes verloren.

Dieselben Gesichtspunkte betonen andere Blätter. Der gut unterrichtete römische Berichterstatter der „Florentiner „Razione“ bemerkt: Der Dreibund sei nie so fest gewesen, wie heute, wenn auch die Auffassungen in gewissen Punkten verschieden seien, ohne gegensätzlich zu sein. Die Einigung zwischen Wien und Rom sei vollkommen. Italien lege besonders Wert darauf, daß sein Einfluß auf das türkische Reich nicht leide und ihm der Markt der asiatischen Türkei nicht verschlossen werde.

Die Verletzungen in der sächsischen Justizverwaltung.

Zu den zahlreichen Verletzungen, die in der letzten Zeit in höheren sächsischen Justizstellen vorgenommen worden sind, wird von unersichteter Seite gemeldet: Diese Verletzungen sind fast ausschließlich auf den Wunsch der sächsischen Justizverwaltung zurückzuführen, daß die Mitglieder des höheren Justizdienstes sich in größerem Maße, als das bisher der Fall gewesen ist, sowohl in den strafrechtlichen wie in den zivilrechtlichen Justizdienst gleichmäßig einarbeiten möchten, da das bisherige System mancherlei Einseitigkeiten gezeitigt hat und man sich von einem öfteren Wechsel zwischen strafrechtlichem und zivilrechtlichem Justizdienst für das gesamte Justizwesen mancherlei Vorteile verspricht. Andere als sachliche Gründe sind für die Verletzungen nicht maßgebend gewesen. Die Nachricht, daß der Abgeordnete Landgerichtsdirektor Dr. Hettner im nächsten Landtage wegen dieser Verletzungen eine Interpellation an die Regierung zu richten beabsichtigt, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Der Abgeordnete Hettner denkt nicht daran, eine solche Interpellation einzubringen.

Die Handwerks-Konferenz

im Reichsamt des Innern, die am Samstag unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar begann, erreichte mit einer Besprechung über die Berechtigung zur Führung des Baumeisterzettels ihr Ende. An der Konferenz nahmen Kommissare des Reichsamts des Innern und der Regierungen mehrerer Bundesstaaten teil. Als Vertreter des Handwerks waren Mitglieder des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagertages und des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands erschienen. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Abgrenzung der Begriffe Fabrik und Handwerk und die Minderung des § 100 a der Reichsgewerbeordnung, der die Preisfestsetzung für die Waren und Leistungen für die Innungsmitglieder betrifft. Etwa 30 Anträge aus Handwerkreisen zur Minderung der Reichsgewerbeordnung und des Handwerkreises vom 26. Juli 1897 lagen der Konferenz vor und konnten zum größten Teile erledigt werden. Die Konferenz hatte lediglich informativen Charakter für die Reichsregierung, doch hat sie wertvolles Material für die gesetzgeberische Arbeit auf dem Gebiete des Handwerkrechts geliefert.

Zwei Nachwahlen zum Reichstag

die durch die Ungültigkeitserklärung der Mandate des konservativen v. Kröcher für Salzwehde Gardelegen und des Freikonserativen v. Derven für Jüterbog-Indenwalde-Zauchwitz notwendig geworden waren, haben gestern stattgefunden und im ersten Wahlgang noch keine Entscheidung gebracht. In dem einen Wahlkreis ist Stichwahl zwischen v. Kröcher (Kons.) und Dr. Böhmke (Warenbündl.), in dem anderen Stichwahl zwischen v. Derven (Reichspartei) und Gwald (Soz.) notwendig.

Das deutsch-französische Luftabkommen fertig?

Der „Figaro“ will wissen, daß die aus Anlaß der Landung des Zeppelein-Luftschiffes bei Yverville und eines deutschen Militärflugzeuges bei Arrascourt gepflogenen Verhandlungen zu einem Abkommen geführt hätten, das demnach (!) unterzeichnet werden würde. Danach würde man einen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen, d. h. Militärflugzeugen, machen. Die Insassen der Militärflugzeuge würden ihre Militäruniform tragen müssen. Wenn sie infolge einer Panne oder eines Irrtums zu einer Landung auf fremdem Boden genötigt seien, so würden sie entsprechend dem in Bern ausgearbeiteten Lufttoder Protokolle geben müssen.

Demonstrationsstreik im nordböhmischem Kohlenrevier.

Die Arbeiterchaft im nordböhmischem Kohlenrevier veranstaltet am 4. Juli einen eintägigen Demonstrationsstreik als Protest gegen das jetzige Abbausystem.

Annexion von Sansibar durch England.

Das Protektorat Sansibar ist nunmehr der Verwaltung des britischen Kolonialamtes unterstellt und Britisch-Ostafrika einverleibt worden, von dem es seit 1904 getrennt war. Großbritanniens Vorherrschaft über die Inseln ist vor 23 Jahren von den Großmächten anerkannt worden, nachdem es allen Ansprüchen auf Madagaskar zugunsten Frankreichs entfiel und Helgoland an Deutschland abgetreten hat.

Bäichsches

Hohenstein-Ernstthal, 3. Juli 1913.

Der Juli hat uns eine Kälte gebracht, wie sie nach der Verjährung alter Wetterkundiger seit 1849 in diesem Monat nicht mehr geherrscht hat. Die Temperatur pendelt knapp zwischen 8 und 10 Grad und der Regen ist wieder in Permanenz erklärt. Schon die letzten Funitage hatten in ganz Mitteleuropa einen Temperaturrückschlag mit sich gebracht, wie er in dieser Zeit seit vielen Jahrzehnten nicht beobachtet worden ist. Die nächsten Tage werden vermutlich noch kühl bleiben, doch dürfte die Wetterlage keinesfalls von längerer Dauer sein, sodaß von ihr für den Hochsommer keine dauernde Beeinflussung zu fürchten ist. Außerdem aber hat man nach den Erfahrungen von 1911 auch das Recht, der in den jüngsten Tagen gemeldeten bedeutenden Hitze in Nordamerika eine besondere Beachtung einzuräumen, denn auch damals, und ebenso in manchen anderen Jahren, erwiesen sich die gleichen Nachrichten wiederholt als Vorboten ähnlich großer Hitze in Europa, was auch theoretisch einigermassen verständlich sein würde. Ob wir auch diesmal wieder mit einem solchen Zusammenhang rechnen können, muß die Wettergestaltung im Laufe der gegenwärtigen Woche erweisen.

Der nächste Unterrichtsabend der Unteroffiziere und Unteroffizier-